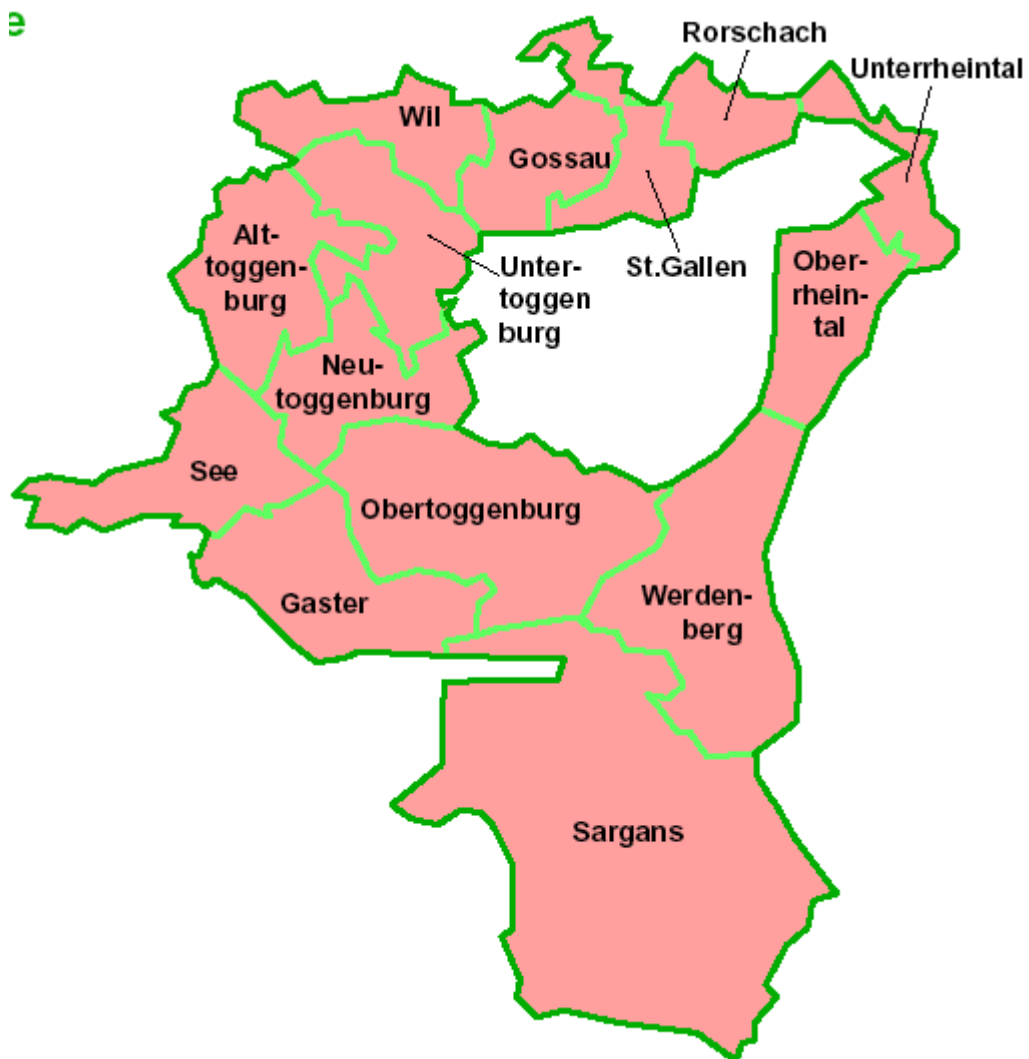


Bildungssystem des Kantons St.Gallen



Semesterarbeit Sommer 2001
Marcel Müller / François Ems
Studiengang 19
Schweizerischer Verband für Berufsberatung

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Allgemeine Daten und Fakten zum Kanton St. Gallen	3
1.1 Kennzahlen zur Bevölkerung	* 3
1.2 Kennzahlen zur Wirtschaft	* 4
2. Struktur des Bildungssystems des Kantons St. Gallen	5
2.1 Darstellung des kantonalen Systems	** 5
2.2 Beschreibung der Bildungsstufen	** 6
2.2.1 Vorschule, Primarstufe und Sekundarstufe I	6
2.2.2 Zwischenlösungen	8
2.2.3 Sekundarstufe II	8
2.2.4 Tertiärstufe	12
2.2.5 Quartärer Bereich	14
2.3 Übertrittsregelungen	* 14
2.3.1 Vorschule - Primarstufe	14
2.3.2 Primarstufe - Sekundarstufe I	15
2.3.3 Sekundarstufe I - Sekundarstufe II	15
2.3.4 Sekundarstufe II – Tertiärstufe	15
2.4 Darstellung der Schülerströme	** 16
3. Rahmen	17
3.1 Rechtlicher Rahmen	* 17
3.2 Vollzug des rechtlichen Rahmens	* 18
4. Verschiedenes	19
4.1 Wichtige Entwicklungsschritte	** 19
4.1.1 Vorschule bis Sekundarstufe I	19
4.1.2 Sekundarstufe II	20
4.1.3 Tertiärstufe	21
4.1.4 Quartärer Bereich	22
4.2 Angebote für Randgruppen	* 22
4.3 Förderungsmaßnahmen	* 24
4.3.1 Stipendien	24
4.3.2 Andere Finanzierungshilfen	24
4.3.3 Lehrstellenmarketing	24
Quellenverzeichnis	25

Autoren: * Marcel Müller
 ** François Ems

1. Allgemeine Daten und Fakten zum Kanton St.Gallen¹

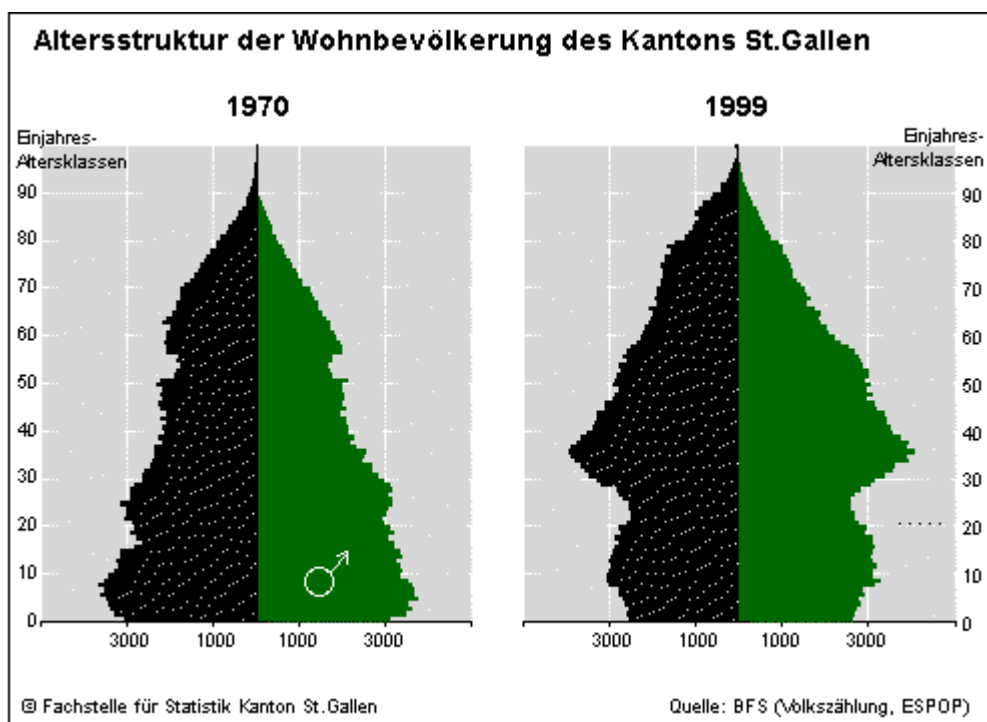
1.1 Kennzahlen zur Bevölkerung

Der Kanton St.Gallen wurde im Jahre 1803 in die Eidgenossenschaft aufgenommen und bereitet sich deshalb zur Zeit auf die 200-Jahr-Feier im Jahre 2003 vor. Der Kanton hat eine Fläche von 2'026 km². Diese besteht fast zur Hälfte aus landwirtschaftlich genutztem Wies- und Ackerland und einem Drittel Wald und Gehölze. Etwa ein knapper Zehntel der Fläche ist Siedlungsfläche. Diese wird wiederum aufgeteilt in Gebäude, Verkehr, Industrie, Erholung und übriges.

Die Wohnbevölkerung des Kantons St.Gallen hat sich in den letzten 130 Jahren mehr als verdoppelt. Sie stieg von 192'000 im Jahre 1871 auf über 447'000 im Jahre 1999.

Im Vergleich der "Alterspyramiden" von 1970 und 1999 zeigt die Pyramide des Jahres 1970 eine breitere Basis der 0-20-jährigen auf. Dies sind die "Babyboomjahrgänge" der 50er und 60er Jahre. 30 Jahre später sind diese Jahrgänge in der Mitte der Pyramide des Jahres 1999. Ebenfalls fällt auf, dass die Pyramidenspitze des Jahres 1999 flacher, d.h. breiter wurde.

Das Verhältnis der Altersgruppen der Nichterwerbsfähigen (Kinder und Jugendliche sowie die Pensionierten) zu den Erwerbsfähigen (20-64-jährige) ist politisch insbesondere wegen der Finanzierung der Lebenshaltungskosten von Bedeutung. Die gesamtschweizerischen Prognosen gehen für die nächsten Jahrzehnte von einer kontinuierlichen Erhöhung des Anteils alter Menschen in Prozent der Erwerbsfähigen aus. Durch diesen Anstieg des Anteils der Gesamtgruppe der Nichterwerbsfähigen wird damit gerechnet, dass im Jahre 2040 auf eine Person im erwerbsfähigen Alter rund 0.9 Personen im nichterwerbsfähigen Alter fallen.



1.2 Kennzahlen zur Wirtschaft

Die Beschäftigungsentwicklung der letzten fünfzehn Jahre wurde geprägt durch eine Phase des Wachstums in den Jahren 1985 bis 1990 und eine Periode des Rückganges ab 1991. Der konjunkturbedingte Rückgang der Beschäftigung in den Neunzigerjahren schlug sich auch in den Arbeitslosenzahlen nieder. Der Kanton St.Gallen wies im gesamtschweizerischen Vergleich unterdurchschnittliche Arbeitslosenquoten auf. Das Ausmass der Arbeitslosigkeit war aber auch hier historisch einmalig hoch. Mittlerweile hat sich die Beschäftigungssituation wieder verbessert.

9

Wirtschaft und Arbeit

Auf der Grafik rechts ist ersichtlich, welche Branchen in **Industrie und Gewerbe** (Sektor 2) sowie im **Dienstleistungsbereich** (Sektor 3) welche beschäftigungsmässige Bedeutung im Kanton St.Gallen und im Vergleich zur Gesamtschweiz haben.

Als Kennziffer für das Ausmass der Über- bzw. Untervertretung einer Branche verglichen mit der Gesamtschweiz wird der sogenannte Standortquotient (SQ) verwendet. Der SQ einer Branche wird berechnet, indem man ihren Beschäftigungsanteil im Kanton durch den Beschäftigungsanteil derselben Branche in der Gesamtschweiz dividiert. Werte unter 1 zeigen eine Untervertretung im Kanton an, Werte über 1 eine Übervertretung.

Einige erwähnenswerte Erläuterungen:

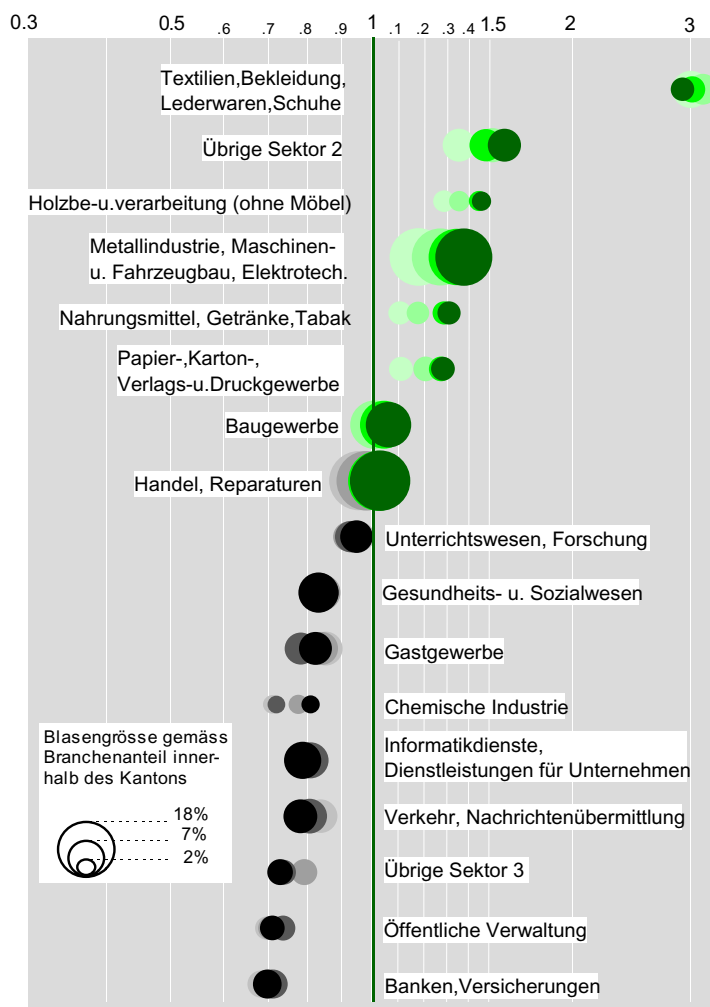
Obwohl die Branche **Textilien, Bekleidung, Lederwaren und Schuhe** im Kanton St.Gallen rund dreimal so stark vertreten ist wie in der Gesamtschweiz, ging der Beschäftigungsanteil im Kanton im Zeitraum 1985/1998 von 6.7 auf 2.6 Prozent zurück.

Im Dienstleistungssektor weist einzig der Wirtschaftszweig **Handel und Reparaturen** seit 1995 gegenüber der Gesamtschweiz leicht höhere Beschäftigungsanteile auf.

Zusammenfassend zeigt die Grafik auf, dass die Branchen in **Industrie und Gewerbe** (Sektor 2) im Kanton St.Gallen übervertreten und die Branchen im **Dienstleistungsbereich** (Sektor 3) untervertreten sind. Speziell erwähnt werden muss an dieser Stelle die Branche **Gesundheits- und Sozialwesen**. Diese blieb über den ganzen Zeitraum etwa identisch. Weil dadurch die vier Blasen in der Grafik übereinanderliegen, ist dort nicht erkennbar, dass der Beschäftigungsanteil dieser Branche kontinuierlich zugenommen hat. Von 5.7 Prozent im Jahre 1985 auf 7.8 Prozent im Jahre 1998. Der Frauenanteil in dieser Branche beträgt rund 70 Prozent des Arbeitsvolumens, gegenüber von gerade 7 Prozent im Baugewerbe.¹

1: Beschäftigungsanteile der Branchen (Sektor 2 und 3) und deren Entwicklung im Kanton im Vergleich zur Schweiz

Standortquotient: Branchenanteil im Kanton geteilt durch Branchenanteil CH



Kantonale Branchenanteile im Zählungsjahr...

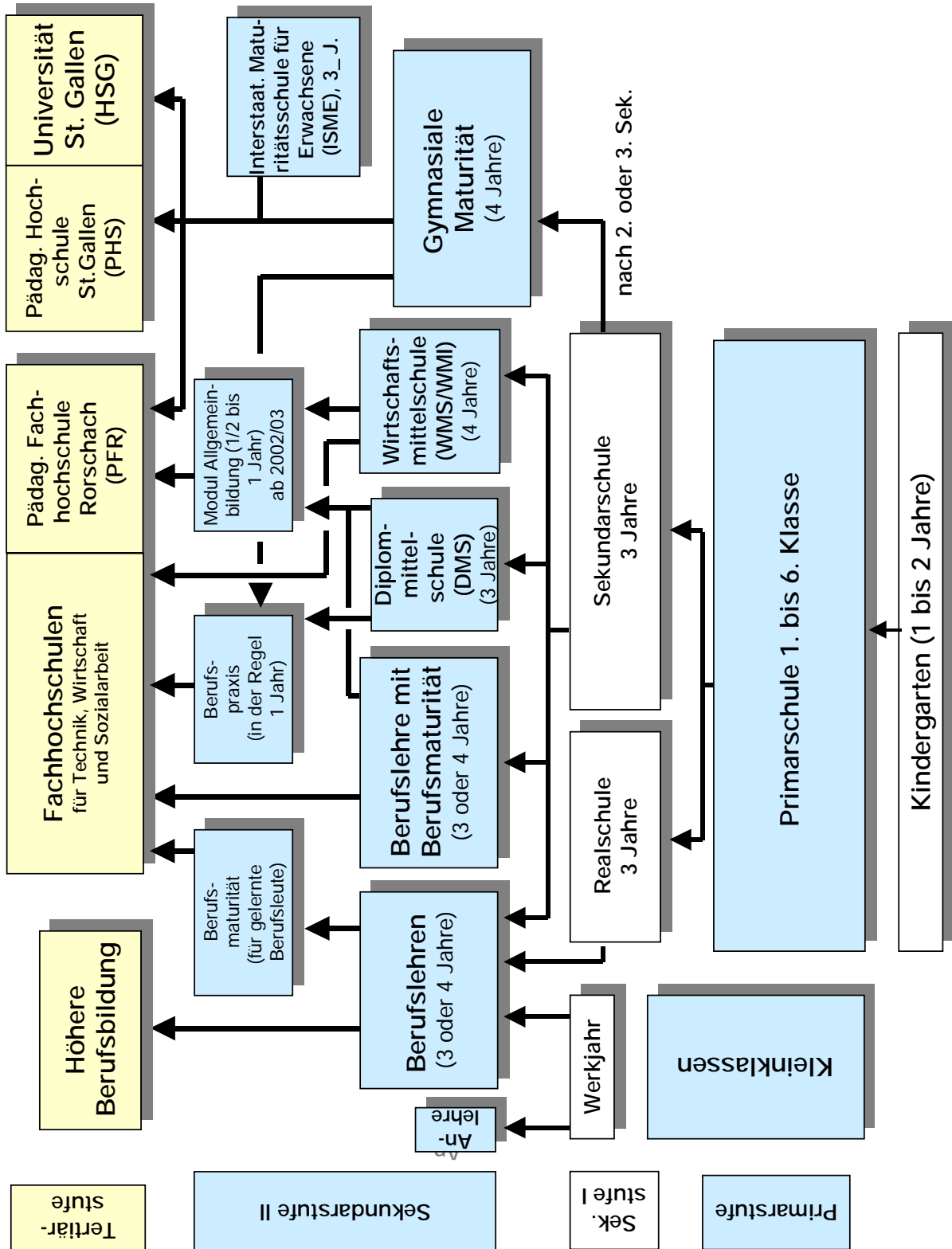


Zahl der Beschäftigten (in Vollzeitstellen umgerechnet):
 1985: 178'500 1995: 188'200
 1991: 200'000 1998: 185'600

Quelle: Eidgenössische Betriebszählungen

2. Struktur des Bildungssystems des Kantons St. Gallen

2.1 Darstellung des kantonalen Systems²



2.2 Beschreibung der Bildungsstufen

Vorbemerkungen:

- In den folgenden Abschnitten werden die öffentlichen, staatlichen Schulen und Institutionen beschrieben. Daneben gibt es noch eine Vielzahl von Privatschulen. Diese wurden nicht berücksichtigt.
- Zum Thema Finanzbedarf / Verteilung der Kosten:
Es ist schwierig, konkrete, vergleichbare Zahlen zu erhalten, da die Systemgrenzen zum Teil unterschiedlich gezogen werden. Die Zahlen sind darum mit Vorsicht zu geniessen.

2.2.1 Vorschule, Primarstufe und Sekundarstufe I³

- **Vorschule (Kindergarten)**

Kinder haben vor ihrer Schulpflicht den Anspruch auf den Besuch eines Kindergartens. In fast allen Schulgemeinden des Kantons St. Gallen werden zwei Kindergartenjahre angeboten.

- **Primarstufe (Primarschule)**

Das Kind wird am 1. August nach Vollendung des sechsten Altersjahres schulpflichtig, d.h. die Primarstufe (und Sekundarstufe I) ist obligatorisch. Die Primarstufe umfasst das erste bis sechste Schuljahr. Das erste bis dritte Jahr wird als Unterstufe bezeichnet, das vierte bis sechste Jahr als Mittelstufe. Die Primarschule bereitet auf die Oberstufe (Sekundarstufe I) vor.

Das Schulkind besucht in der Regel während drei Schuljahren den Unterricht bei der gleichen Lehrperson (1.-3. Klasse; 4.-6. Klasse). In einem Teil der Schulgemeinden erfolgt aber alle zwei Jahre ein Wechsel der Lehrerin oder des Lehrers (1.-2. Klasse; 3.-4. Klasse; 5.-6. Klasse).

Unterstufe

In den ersten drei Semestern der Unterstufe erhalten die Kinder kein Zeugnis mit Noten. Die Lehrkraft bespricht beim jährlichen Beurteilungsgespräch mit den Erziehungsberechtigten die schulische Entwicklung, den Lernfortschritt, das Arbeits- und Sozialverhalten sowie den Leistungsstand.

Mittelstufe

Die Primarlehrkraft bespricht jedes Jahr beim obligatorischen Beurteilungsgespräch mit den Eltern den Stand des Kindes. In der Regel findet in der 6. Klasse vor dem Übertritt in die Oberstufe ein zusätzliches Elterngespräch statt.

- **Sekundarstufe I**

Die Sekundarstufe I, auch Oberstufe genannt, schliesst an die Primarstufe an, dauert drei Jahre und ist ebenfalls obligatorisch. Sie ist gegliedert in die Real- und die Sekundarschule. In einer einzigen Kantonsschule (am Burggraben in St. Gallen) kann als dritte Variante ein Untergymnasium besucht werden. Es dauert zwei Jahre und wird anschliessend mit einem Maturitätslehrgang weitergeführt (siehe Sekundarstufe II).

- **Angebote für Kinder mit Lernschwierigkeiten und Sonderschulen**

siehe Kap. 4.2 *Angebote für Randgruppen*

- **Allgemeine Daten⁴**

SchülerInnenzahlen 2000/2001

Schulstufe	Total SchülerInnen	Total Abteilungen	Ø liche Abteilungsgrösse	Anteil Mädchen	Anteil Ausländer
Vorschule, Primarstufe					
Kindergarten	10'773	566	19.0	48%	26%
Primarschule	35'490	1'703	20.8	50%	22%
Kleinklassen (A, B, D)	2'713	229	11.8	40%	46%
Deutschklassen	165	14	11.8	40%	99%
Total Vorsch./Primar	49'141	2'512	19.5	49%	25%

Sekundarstufe I					
Realschule	6'318	356	17.7	46%	34%
Sekundarschule	9'928	472	21.0	51%	12%
Total Sek.I	16'246	828	19.6	49%	20%

Gesamttotal	65'387	3'340	19.6	49%	24%
--------------------	---------------	--------------	-------------	------------	------------

(Quelle: Erziehungsdepartement, Amt für Schulgemeinden, Statistik Schülerzahlen, 2000/01)

- Im Durchschnitt treten jährlich ca. 5'500 SchülerInnen in die Schule ein (=Schülerstrom).
- Die Jungen sind in den Kleinklassen und Deutschklassen mit 60% deutlich höher vertreten als die Mädchen.
- In der Sekundarstufe I ist die Realschule mit rund 40% und die Sekundarschule mit 60% der SchülerInnen vertreten. Bei den Mädchen liegt das prozentuale Verhältnis von Sekundar- zu Realschule bei 64% zu 36%, bei den Jungen bei 59% zu 41%. Das Untergymnasium wird lediglich von 93 SchülerInnen besucht (= 0.8%)
- Der durchschnittliche Anteil Kinder ausländischer Nationalität beträgt 24%. In der Realschule liegt er mit 34% und in den Kleinklassen mit 46% deutlich höher.
- Die Klassengrössen betragen im Durchschnitt nicht mehr als 21 SchülerInnen.

Finanzen

Der Kanton St. Gallen führt **153 Schulgemeinden**. Die Primarschule ist für die SchülerInnen unentgeltlich. Die Kosten werden in erster Linie durch die Gemeinden getragen. Der Kanton übernimmt ca. 18% des Gesamtfinanzbedarfs der Schulgemeinden in Form von indirektem Finanzausgleich (abhängig von der Steuerkraft der Gemeinde).

Gesamtfinanzbedarf der Schulgemeinden 1999	Fr. 805'332'000.-
Kantonale Durchschnittskosten pro Schüler	Fr. 16'400.-
Staatsbeiträge für Besoldung, Amortisation, Zinsen 1999	Fr. 142'511'000.-

(Quelle: Erziehungsdepartement, Amt für Schulgemeinden, Statistik über Finanzen, 1999)

2.2.2 Zwischenlösungen

Es gibt eine vielfältige Palette von sogenannten "Zwischenlösungen". Es ist im folgenden nicht möglich, einen umfassenden Ueberblick über alle Angebote zu geben, da jeder Bezirk wieder andere Angebote führt.

Einige Beispiele von Zwischenlösungen, welche von der Berufsberatung des Bezirks Sargans abgegeben werden⁵:

- freiwilliges 10. Schuljahr
- Berufswahlschule
- Sozialjahr (Vorbereitung auf soziale und pflegerische Berufe)
- Haushaltungsschule / Haushaltungskurse / Haushaltjahr
- Au-pair z.B. im Welschland
- Vorkurse an gewerblichen Berufsschulen (verschiedene Typen)
- Vorkurs an der Schule für Gestaltung
- Vorlehre: für Schüler mit schulischen Defiziten zur Erhöhung der Chancen eine Lehrstelle zu finden, 1-2¹/₂ Tage pro Woche Schule, Rest: Arbeit in Praktikumsbetrieb

2.2.3 Sekundarstufe II

Die Sekundarstufe II schliesst in der Regel an die Sekundarstufe I an (Uebergang kann auch durch Zwischenlösungen unterbrochen werden). Sie ist nicht obligatorisch. Die Sekundarstufe II lässt sich in die Bereiche **Berufsausbildung** und **Mittelschulen** aufteilen.

Fast **80%** der SchulabgängerInnen treten eine Berufslehre oder Anlehre an (davon ca. 10% aus Zwischenlösungen). Damit liegt der Kanton St. Gallen ca. 30% über dem Schweizerischen Durchschnitt.

1. Berufsausbildung⁶

• Berufslehre

Der praktische Teil der Ausbildung wird im Lehrbetrieb, der schulische Teil in der Berufsschule absolviert. Lehrlingen, die schulisch gut und motiviert sind, steht für die meisten Berufe die Berufsmittelschule offen.

Allgemeine Zahlen und Fakten

- Berufslehre und Berufsschulen
 - Im Kanton St. Gallen bieten rund 6'500 Lehrbetriebe Lehrstellen für 200 verschiedene Berufe an. Sie bildeten im Jahr 2000 inkl. Anlehen **14'226 Lehrlinge** aus (total 1. bis 4. Lehrjahr) und gingen **5'243 neue Ausbildungsverhältnisse** ein.
 - Die 14 Berufsschulen im Kanton decken jedoch nur 85 verschiedene Berufe ab. Für die restlichen 115 Berufe müssen 1'500 BerufsschülerInnen in andere Kantone reisen. Im Gegenzug werden 3'000 Lehrlinge aus Nachbarkantonen und dem Fürstentum Lichtenstein in St. Gallischen Berufsschulen ausgebildet, d.h. im Kanton St. Gallen werden rund 15'700 BerufsschülerInnen ausgebildet.
 - An den 14 Berufsschulen sind 300 Hauptlehrkräfte und 550 Lehrbeauftragte tätig.
 - Von den 14 Berufsschulen werden 2 von privaten Verbänden getragen (Verband der Schreinermeister und Fensterfabrikanten, Konditorenmeisterverband).
 - Die Berufsschulen sind wie folgt auf dem Kantonsgebiet verteilt:
St. Gallen (3 Schulen), Rorschach, Altstätten, Buchs (2 Schulen), Sargans, Walenstadt, Rapperswil, Wattwil, Lichtensteig, Uzwil, Wil
 - Die Berufsschulen sind für die BerufsschülerInnen unentgeltlich. Die Aufwendungen der Berufsschulen im Kanton St.Gallen werden heute nach Art. 28 des EG-BB

(siehe Kap. 3.1 *Rechtlicher Rahmen*) wie folgt finanziert:

Kostenträger	in Mio. Franken	Anteil in %
Bund	12,0	15,0
Kanton	17,0	21,3
Andere Kantone	7,5	9,4
Diverse Einnahmen	1,5	1,8
Trägeranteile	2,0	2,5
Lehrortsbeiträge (Restkosten)	40,0	50,0
Total	80,0	100,0

(Zahlen aus der "Information über die Kantonalisierung" vom Januar 1998, Amt für Berufsbildung)

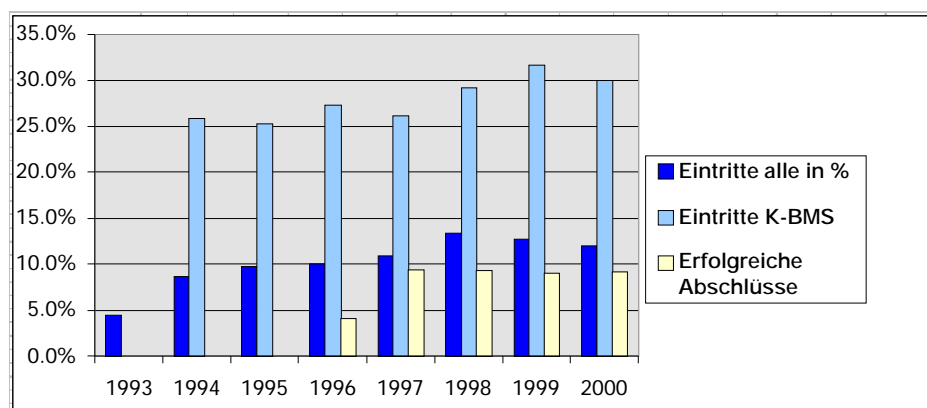
- Berufsmittelschulen (BMS)

- Im Kanton werden vier BMS-Richtungen angeboten:

- Kaufmännische Berufsmatura
- Technische Berufsmatura
- Gestalterische Berufsmatura
- Gewerbliche Berufsmatura

Für die technisch-landwirtschaftliche Berufsmatura besteht im Kanton St. Gallen kein Angebot.

- Im Jahr 2000 sind 599 Lehrlinge in eine berufsbegleitende BMS eingetreten. Dies entspricht 12% der neu abgeschlossenen Lehrverhältnisse. Bei der Kaufmännischen BMS (K-BMS = integrative BMS) liegt der Anteil bei 30% der Lehrverhältnisse.
- Im Jahr 2000 haben 370 SchülerInnen die lehrbegleitende und 84 die einjährige BMS erfolgreich abgeschlossen.
- Die Erfolgsquote (erfolgreiche BM-Abschlüsse in % der entsprechenden BM-Eintritte) liegt im Durchschnitt bei 76%.
- Verlauf der BMS-Eintritte und Abschlüsse:



(Quelle: Gesamtstatistik BMS im Kt. St. Gallen, Amt für Berufsbildung, 2001)

Die Zahl der BMS-Eintritte schwankte in den letzten vier Jahren zwischen 11% und 13% bezogen auf die neu abgeschlossenen Lehrverhältnisse (KV: 26 – 32%). Zwischen 8% und 9% der SchülerInnen schlossen die BMS im gleichen Zeitraum erfolgreich ab.

- Finanzierung: Die lehrbegleitende BMS wird vollumfänglich von Bund, Kanton und bis 1.1.02 noch von den Lehrortsgemeinden finanziert. Gelernte Berufsleute mit

stipendienrechtlichem Wohnsitz im Kanton St. Gallen bezahlen für den Besuch der einjährigen BMS (nach der Lehre) ein Schulgeld von rund Fr. 1'500.-.

- **Anlehre**

Die Anlehre dauert in der Regel zwei Jahre, minimal aber ein Jahr. Sie ist gedacht für Jugendliche, die praktisch begabt sind, aber aufgrund ihrer Schulleistungen keine reglementierte Berufslehre absolvieren können. Sie ist **nicht** gedacht für Jugendliche mit ungenügenden Sprachkenntnissen.

Die Ausbildung erfolgt nach einem auf die Fähigkeiten des Anlehrlings abgestimmten individuellen Ausbildungsprogramm, das vom Lehrmeister erstellt und vom Amt für Berufsbildung genehmigt werden muss.

Der Unterricht an der Berufsschule dauert einen Tag pro Woche und umfasst berufliche und allgemeinbildende Fächer. Der schulische Lehrstoff ist vornehmlich auf die Bewältigung der Alltagsprobleme im Berufs- und Privatleben ausgerichtet.

Gegen Ende der Anlehre wird überprüft, wie weit der Anlehrling die im Ausbildungsprogramm festgelegten Lerninhalte beherrscht. Er erhält darauf einen amtlichen Ausweis, der Auskunft gibt über die Dauer der Anlehre, die Berufsbezeichnung und das Berufsfeld sowie über die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten.⁷

2. Mittelschulen⁸

In der Gruppe der kant. Mittelschulen werden folgende Lehrgänge und Schulen geführt:

- Maturitätslehrgänge (Gymnasien)
- Diplomlehrgänge
 - Wirtschaftsmittelschule Schwerpunkt Sprachen (WMS)
 - Wirtschaftsmittelschule Schwerpunkt Informatik (WMI)
 - Allgemeine Diplommittelschule (DMS-3)
 - Verkehrsschule (aufgehoben)
- Seminarlehrgänge (laufen aus)
 - LehrerInnenseminar Rorschach (letzter Lehrgang 1999/2000)
 - LehrerInnenseminare an drei Kantonsschulen (letzte Lehrgänge 1999/2000)
 - Kindergärtnerinnenseminar St. Gallen (letzter Lehrgang 2000/2001))
 - Arbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnenseminar Gossau (AHLS) (letzter Lehrgang 2000/2001)

An den Kantonsschulen werden im Schuljahr 2000/01 folgende Lehrgänge angeboten:

Lehrgänge	Gymnasium	Primarlehrer-Innenseminar	Wirtschafts-mittelschule	Diplommittel-schule
Kantonsschule am Burggraben St.Gallen				
Kantonsschule am Brühl St.Gallen				
Kantonsschule Heerbrugg		Start des letzten Lehrganges: 99/00		
Kantonsschule Sargans		Start des letzten Lehrganges: 99/00		
Kantonsschule Wattwil		Start des letzten Lehrganges: 99/00		

(Quelle: "Mittelschulen: Abschluss der Dezentralisation; Neubau der Kantonsschule Wil und bauliche Massnahmen an der Kantonsschule am Burggrabe St. Gallen", Grosser Rat des Kt. St. Gallen, 10.1999)

Die **Maturitätslehrgänge** schliessen an die 2. oder 3. Klasse der Sekundarschule an und dauern vier Jahre. Das einzige Untergymnasium im Kanton (Dauer 2 Jahre) wird an der Kantonsschule am Burggraben St. Gallen geführt und ermöglicht ebenfalls den Anschluss an die Maturitätslehrgänge. In den st. gallischen Gymnasien wurde das Maturitätsanerkennungsreglement (MAR) eingeführt. Die ehemals angebotenen Maturitätstypen sind durch ein effizienteres Fächerangebot mit Grundlagenfächern, Schwerpunktfächern und im 4. Ausbildungsjahr mit zusätzlich Ergänzungsfächern ersetzt worden.

Die **Diplomlehrgänge** schliessen an die 3. Klasse der Sekundarschule an. Die Wirtschaftsmittelschulen **WMS** und **WMI** führen in vier Jahren zur Berufsmaturität. Integriert in die Ausbildung ist ein einjähriges Betriebspraktikum sowie zwei Sprachaufenthalte.

Die **Diplommittelschule** umfasst neu drei Jahreskurse (bis heute noch 2 Jahre). Ab dem zweiten Ausbildungsjahr werden Schwerpunktfächer belegt. Die DMS bereitet auf die Ausbildungen in den Bereichen Gesundheit, Erziehung/Soziales, Musik und Gestaltung vor. Neu wird mit einem halb- bis einjährigen allgemeinbildenden Zusatzmodul in Zukunft der Weg zur Pädagogischen Fachhochschule geöffnet (siehe Kap. 4.1.3 *Tertiärstufe*).

Die **Verkehrsschule** wurde auf Beginn des Schuljahres 2000/01 aufgehoben.⁹

Die **Seminarlehrgänge** starteten zum letzten Mal im Schuljahr 1999/2000 (Kindergärtnerinnenseminar 2000/01). Neu werden die Kindergärtnerinnen- und Lehrerausbildungen ab 1. Okt. 2003 an der Pädagogischen Fachhochschule in Rorschach stattfinden. Damit wird die Verlagerung von der Sekundärstufe II in die Tertiärstufe vollzogen (siehe 4.1.3. *Tertiärstufe*).¹⁰

Dauer der heutigen Ausbildungen: LehrerIn: 6 Jahre; KindergärtnerIn: 4 Jahre; Arbeits- und HauswirtschaftslehrerIn: 5 Jahre.

Allgemeine Zahlen und Fakten

Stand Aug. 2000	Schüler	Anteil Schüler- innen 1999	Lehr- personen	Klassen	Klassen- grössen
Maturitätsschulen	3'115	51%	491	144	21.6
Wirtschaftsmittelschulen	353	80%	54	29	20.6
Diplommittelschulen	246				
Seminare an Mittelschulen	448	84%	1)	20	22.4
Lehrerseminar	507		154	42	22.1
Kindergärtnerinnensem.	282				
Hauswirtschafts...sem.	141				
Total	5092	64%	699	235	21.7

(Quelle: Amt für Mittelschulen/lehrerbildung, 2001)

1) wird von Lehrpersonen der Maturitäts- und Diplomlehrgänge unterrichtet

- Die Maturandenquote ist mit 13% gegenüber dem schweizerischen Durchschnitt tief (Kanton Zürich 20%). Begründung: restriktives Promotionsreglement.
- Der Anteil weiblicher Jugendlicher in den Maturitätsabteilungen hat sich von 39.1% im Jahr 1995 auf 50.7% im Jahr 1999 erhöht.
- Die Mittelschulen sind für SchülerInnen mit stipendienberechtigtem Wohnsitz im Kanton St. Gallen unentgeltlich.
- Der Kanton leistet jährliche Beiträge an die Mittelschulen in der Höhe von ca. 90 Mio Franken.

2.2.4 Tertiärstufe¹¹

Die Tertiärstufe schliesst an die Sekundarstufe II an und umfasst folgende Institutionen:

- Universität St. Gallen (HSG)
- Pädagogische Hochschule St. Gallen (PHS)
- Pädagogische Fachhochschule Rorschach (PFR)
- Fachhochschulen
- Höhere Fachschulen und Fachprüfungen

Nachfolgend werden die obengenannten Institutionen kurz vorgestellt. Auf die höheren Fachschulen und höheren Fachprüfungen wird nicht näher eingegangen.

- Die **Universität St. Gallen (HSG)** bietet Studiengänge in Wirtschafts-, Rechts und Staatswissenschaften sowie in Wirtschaftspädagogik an. Sie gehört zu den kleineren Bildungsstätten Europas, ist aber die grösste wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Schweiz.¹²

Zahl der Studierenden und Professoren:

Wintersemester 2000/01	
eingeschriebene Studenten/Studentinnen	4'600
Anteil Frauen	23%
Anteil Ausländer	25%
Anzahl Professoren	80

(Quelle: Dienst für Hochschulen, Erziehungsdep. des Kt. St. Gallen)

Von den 4'600 Studenten/innen sind 700 im Kanton St. Gallen wohnhaft. Rund 1'800 St. Galler EinwohnerInnen studieren an einer ausserkantonalen Universität oder an der ETH.

Die HSG wird wie folgt finanziert:

Bund	25%	
St. Gallen	20%	
andere Kantone	20%	
Private/Wirtschaft (z.T. durch Aufträge)	35%	
Total	100%	ca. 100 Mio Fr./Jahr

(Quelle: Dienst für Hochschulen, Erziehungsdep. des Kt. St. Gallen)

- Die **Pädagogische Hochschule (PHS)** bildet Sekundar- und Reallehrer aus. Die Ausbildung dauert 7 Semester.

Zahl der Studierenden und Professoren:

Wintersemester 2000/01	
eingeschriebene Studenten/Studentinnen	380
Anzahl Professoren	54

(Quelle: Dienst für Hochschulen, Erziehungsdep. des Kt. St. Gallen)

Von den 380 Studenten/innen sind 235 im Kanton St. Gallen wohnhaft.

- Pädagogische Fachhochschule Rorschach (PFR)**
(siehe Kap. 4.1.3 *Wichtige Entwicklungsschritte, Tertiärstufe*)

- Fachhochschulen**

Auf Kantonsgebiet werden drei Fachhochschulen geführt mit folgenden Studiengängen:

Hochschule für Technik Buchs (NTB)	Systemtechnik mit verschiedenen Vertiefungsrichtungen
Hochschule für Technik Rapperswil (HSR)	<ul style="list-style-type: none"> - Bauingenieurwesen - Elektrotechnik - Informatik - Landschaftsarchitektur - Maschinenbau - Raumplanung
Hochschule für Technik, Wirtschaft und Soziale Arbeit St. Gallen (FHS)	<p>Bereich Technik:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Elektro-/Elektronik-Ingenieurwesen - Informatik - Ingenieur-Architektur - Maschinen- und Mechatronik-Ingenieurwesen <p>Bereich Wirtschaft: Betriebsökonomie mit verschiedenen Vertiefungsrichtungen</p> <p>Bereich Soziale Arbeit:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sozialarbeit - Sozialpädagogik

(Quelle: www.sg.ch/bildung/hochschulen_uebersicht.html)

Die drei Fachhochschulen sind selbständige, öffentliche Anstalten. Sie sind mit der Hochschule für Technik und Wirtschaft Chur (HTW) zur Fachhochschule Ostschweiz zusammengeschlossen. Dieser Zusammenschluss wird von acht Kantonen getragen und hat vor allem strategische Bedeutung.

Zahl der Studierenden:

	Studenten/innen		Anteil St.Galler Studenten/innen
NTB		280	70%
HSR		650	25%
FHS Technik	240	830	70%
Wirtschaft	310		
Soziale Arbeit	280		
Total		1760	53% (940)

(Quelle: Dienst für Hochschulen, Erziehungsdep. des Kt. St. Gallen)

Der Kanton St. Gallen ist der interkantonalen Fachhochschulvereinbarung beigetreten. Die neue Vereinbarung bringt die Freizügigkeit bei der Wahl des Studienplatzes.

An ausserkantonalen Fachhochschulen studieren ca. 550 St. Galler Studenten/innen.

Der finanzielle Aufwand wird wie folgt gedeckt:

Bund	30%	
Träger (SG, AR, AI, TG, GL, SZ, GR, ZH, FL)	50%	
Private	20%	
Total	100%	ca. 75 Mio Fr./Jahr

(Quelle: Dienst für Hochschulen, Erziehungsdep. des Kt. St. Gallen)

2.2.5 Quartärer Bereich

Im quartären Bereich gibt es eine unüberblickbare Anzahl von Weiterbildungsangeboten. Eine wichtige Institution in diesem Bereich sind z.B. die Migros Klubschulen.

Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, wollten wir einen Ueberblick über diesen Bereich geben.

2.3 Übertrittsregelungen

2.3.1 Vorschule - Primarstufe

Das Kind wird am 1. August nach Vollendung des sechsten Altersjahres schulpflichtig. Die Kindergärtnerin beobachtet die Kinder und beurteilt deren Entwicklungsstand umfassend auf Sach-, Selbst- und Sozialkompetenz. In einem Gespräch mit den Eltern wird die Schulreife besprochen. Bei Kindern ohne klare Beurteilung der Schulfähigkeit, kann die Schulreifeberatung (Schulpsychologischer Dienst) beigezogen werden. Der Schulrat kann nach Anhören der Eltern und der Kindergärtnerin den Beginn der Schulpflicht um ein Jahr vorverlegen bzw. ein Jahr aufschieben. Ebenfalls kann, aufgrund intensiver Abklärungen und Gespräche, das Kind in eine Einführungsklasse zugewiesen werden. Antragsberechtigt sind die Kindergärtnerin, der Schulpsychologische Dienst sowie die Schulärztin / der Schularzt. Die Entscheidung liegt beim Schulrat.³

2.3.2 Primarstufe - Sekundarstufe I

Der Schulrat der Oberstufe (wo vorhanden) entscheidet (promoviert), ob ein Kind nach dem 6. Schuljahr in die Realschule oder in die Sekundarschule eintritt. Der Entscheid erfolgt auf Grund einer Empfehlung der Lehrperson der 6. Klasse und der Noten der Mittelstufe. Vor der Verfügung des Schulrates muss die Lehrperson ihre Empfehlung mit den Eltern besprochen und diese Ihnen anschliessend schriftlich mitgeteilt haben. Die Eltern können gegen diesen Entscheid beim Bezirksschulrat Rekurs einlegen, sofern sie damit nicht einverstanden sind.³

2.3.3 Sekundarstufe I - Sekundarstufe II

Nach der zweiten oder dritten Sekundarschule besteht die Möglichkeit nach bestandener Aufnahmeprüfung in die Mittelschule (Gymnasium) einzutreten.

Erst nach der dritten Sekundarschule kann in die Diplommittelschule oder Wirtschaftsmittelschule eingetreten werden. Ebenfalls kann die Berufsmittelschule als zusätzliche Ausbildung während der Berufslehre besucht werden.

Die Aufnahme in diese Schulen ist vom Bestehen einer Aufnahmeprüfung abhängig. Die Anforderungen entsprechen vertieften Sekundarschulstoffkenntnissen der 3. Klasse. Die Jugendlichen werden durch die Schule auf diese Prüfung vorbereitet, haben aber selber einen zusätzlichen zeitlichen Einsatz zu leisten.

2.3.4 Sekundarstufe II – Tertiärstufe

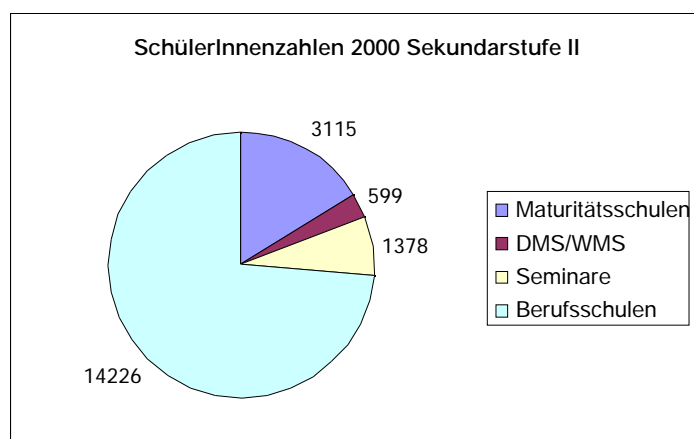
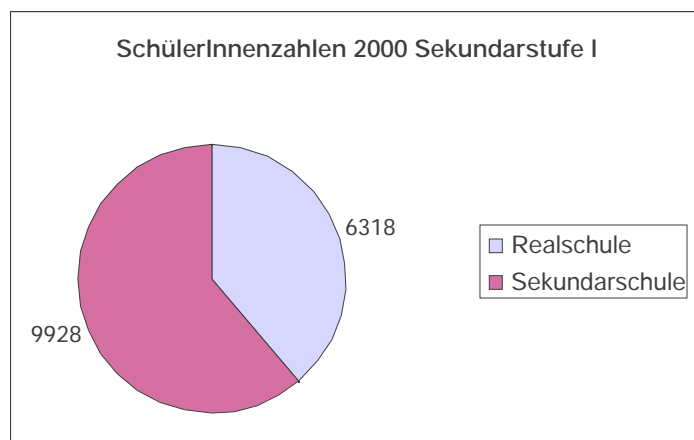
Die Aufnahme an eine weiterbildende Fachschule wird mit den entsprechenden Aufnahme-reglementen geregelt. So sind für die Universität St. Gallen (HSG) und die Pädagogische Hochschule St. Gallen (PHS) die gymnasiale Matura erforderlich. Für die Fachhochschulen ist die Berufsmatura Bedingung.

Als Spezialfall können die Aufnahmebedingungen für die neu geschaffene Pädagogische Fachhochschule Rorschach (PFR) erwähnt werden. So soll hier die Möglichkeit geschaffen werden, dass neben SchülerInnen mit einer gymnasialen Matura auch SchülerInnen mit einer dreijährigen Diplommittelschule (DMS-3) oder einer Berufsmatura (BMS) Zugang erhalten. Damit alle erforderlichen schulischen Grundlagen erfüllt werden, muss ein Lehrgang (Zusatzmodul) von einem halben bis einem ganzen Jahr besucht werden. Dieser soll Wissenslücken in den allgemeinbildenden Fächern der DMS-3- bzw. der BMS-Absolventen/innen schliessen.

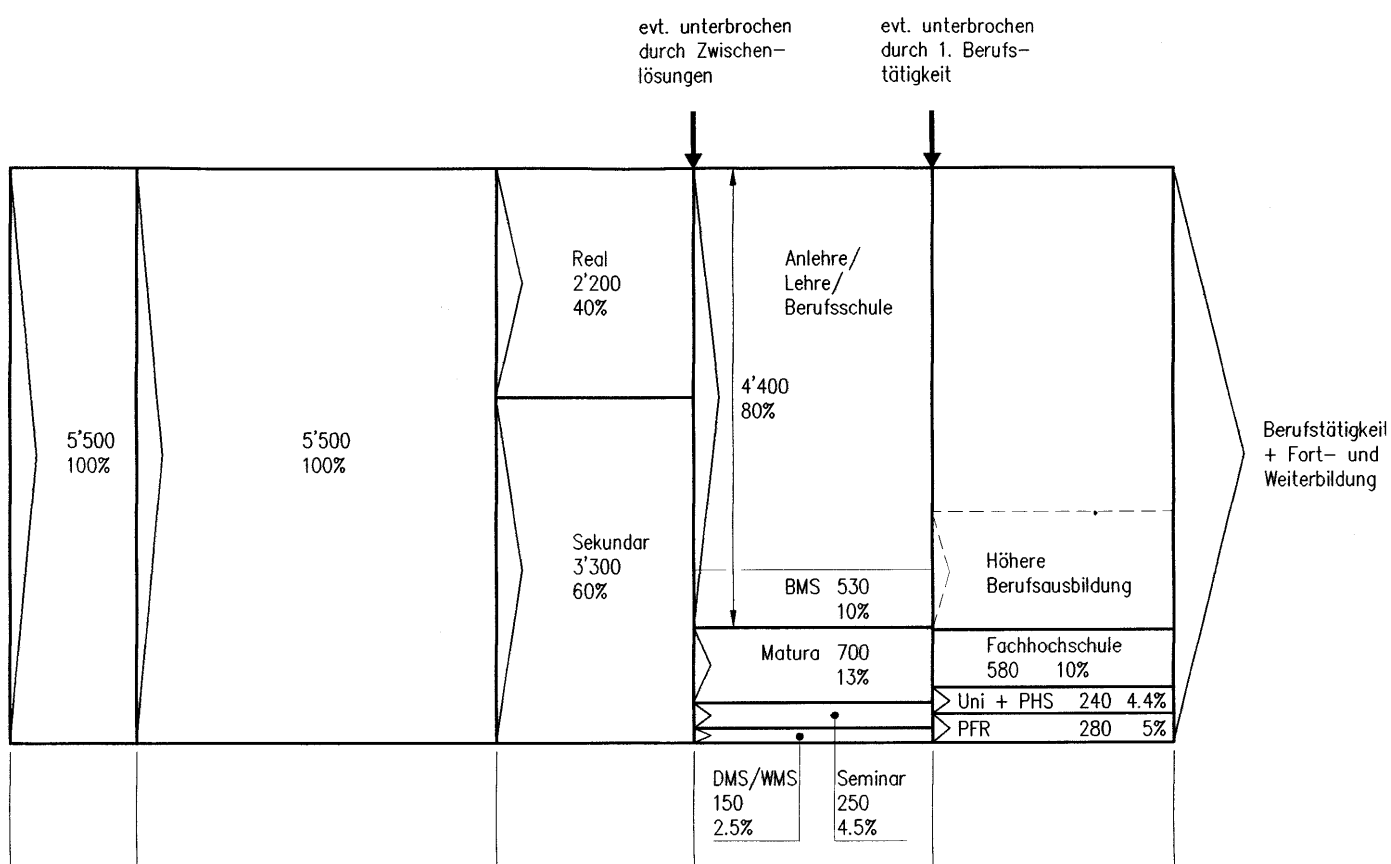
Der erste Lehrgang sollte mit Beginn des Schuljahres 2002/03 starten.¹³

2.4 Darstellung der Schülerströme

Grafische Darstellung der Anzahl SchülerInnen der Sekundarstufe I resp. der Sekundarstufe II



Die nachfolgende Grafik geht von einem durchschnittlichen totalen Schülerstrom von 5'500 aus. Die Grafik ist stark vereinfacht und zeigt die Aufsplittung der Schülerströme auf.



3. Rahmen

3.1 Rechtlicher Rahmen¹⁴

Die rechtliche Umsetzung der betreffenden Artikel (Art. 2 bis 10) in der Kantonsverfassung wird in verschiedenen Gesetzen und den entsprechenden Verordnungen geregelt. Für die nachfolgend aufgeführten Stufen wurden die Gesetze wie folgt erlassen:

Vorschule	- Kindergarten Gesetz (sGS 212.1) mit der Kindergartenverordnung (sGS 212.11)
Primarstufe + Sekundarstufe I	- Volksschulgesetz (sGS 213.1) mit der Verordnung über den Volksschulunterricht (sGS 213.12) Die Volksschule unterstützt die Eltern (nach Art. 3) in der Erziehung des Kindes zu einem lebensbejahenden, tüchtigen und gemeinschaftsfähigen Menschen. Dabei arbeitet sie mit den Eltern in Erziehung und Ausbildung zusammen (Art. 92)
Sekundarstufe II	- Mittelschulgesetz (sGS 215.1) - Regierungsratsbeschluss über den Vollzug des Mittelschulgesetzes (sGS 215.10) und der Mittelschulverordnung (sGS 215.11)
Tertiärstufe	- Gesetz über die Pädagogische Hochschule (sGS. 215.2) und der Vollzugsverordnung zum Gesetz über die Pädagogische Hochschule (sGS. 215.21) - Gesetz über die Pädagogische Fachhochschule Rorschach (sGS 216.1) - Gesetz über die Universität St.Gallen (sGS 217.11) mit den Universitätsstatuten (sGS 217.15) Diese Gesetze und Verordnungen bilden die Grundlagen zur Durchführung der Lehrgänge an den Kantonsschulen (Mittelschulen), Seminaren, Hochschulen, Fachhochschulen und Universitäten. Änderungen und Ergänzungen wurden mit den entsprechenden Nachtragsgesetzen korrigiert. Für den Eintritt in eine dieser Schulen muss das entsprechende Aufnahmeverfahren (Prüfung) erfüllt werden. Diese Aufnahmeverfahren werden in entsprechenden Reglementen geregelt.

Im Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung (EG-BB, sGS 231.1), dem Grossratsbeschluss (sGS 231.10) und der Vollzugsverordnung zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung werden die (nicht schulischen) handwerklichen, hauswirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Berufe geregelt.

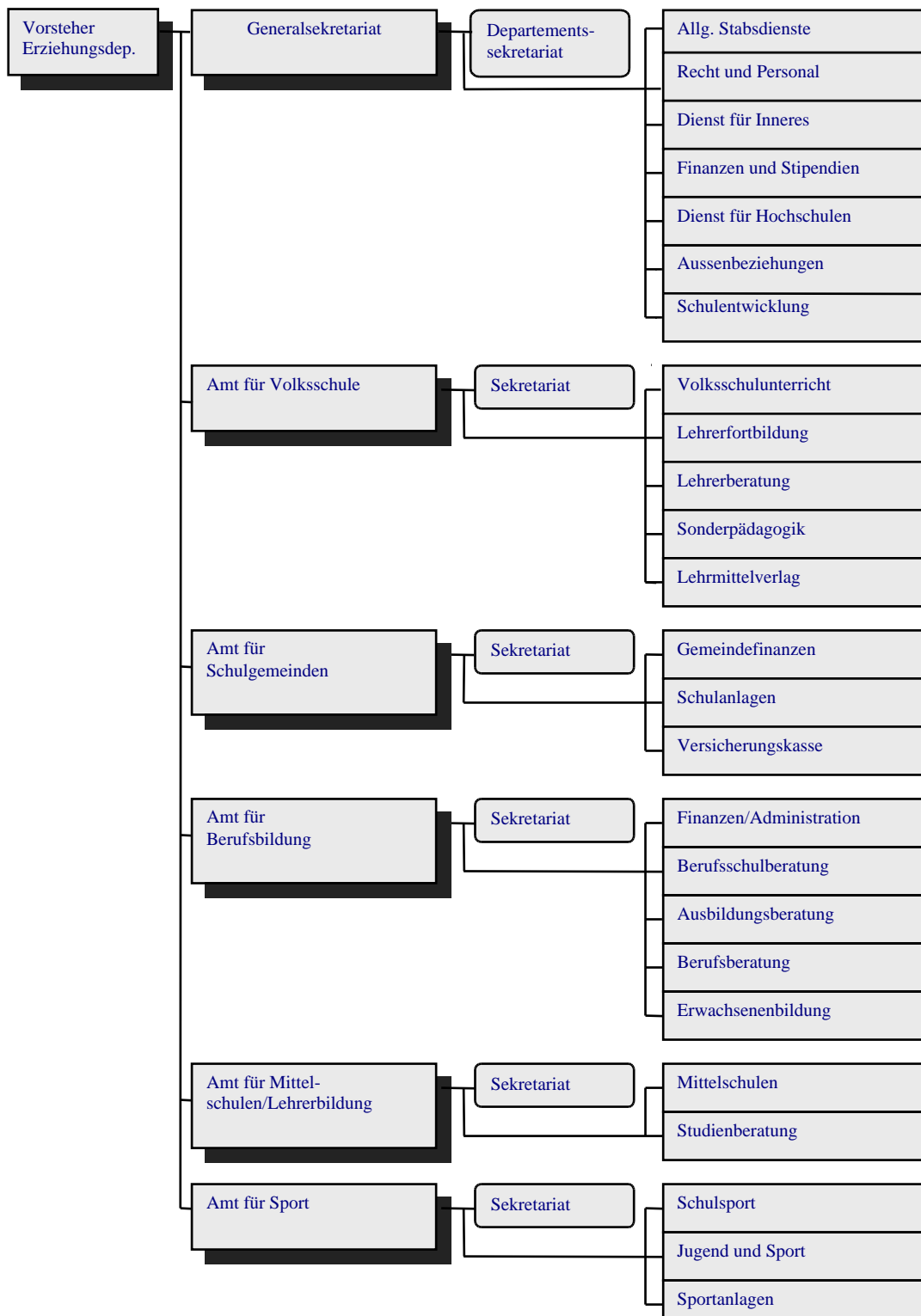
Weiter existieren noch verschiedene Vereinbarungen mit Schulen, Kantonen und angrenzenden Ländern. Einige Beispiele:

- 217.81 Interkantonale Universitätsvereinbarung
- 233.11 Vereinbarung über die Ostschweizerische Schule für Sozialarbeit und die Ostschweizerische Heimerzieherische Schule
- 234.031 Interkantonale Fachhochschulvereinbarung (FHV) 99-2005
- 234.61 Vereinbarung für die Interkantonale FHS St.Gallen
- 234.11 /.111 Grossratsbeschluss und Vereinbarung zum Neutechnikum Buchs (NTB)
- 234.21 /.211 Grossratsbeschluss und Vereinbarung zum Technikum Rapperswil

3.2 Vollzug des rechtlichen Rahmens³

Gemäss Kantonsverfassung ist die **Regierung** des Kantons die oberste Instanz im Erziehungswesen. Die Leitung und Beaufsichtigung wird von den elf, für eine Amtsdauer gewählten, Erziehungsratsmitgliedern übernommen. Der **Erziehungsrat** erlässt den Lehrplan und die Weisungen für einen geordneten Schulbetrieb. Auch sorgt er für eine ständige Weiterentwicklung des Schulwesens. Hans Ulrich Stöckli ist Präsident des Erziehungsrates und der Vorsteher des Erziehungsdepartements.

Das **Erziehungsdepartement** ist für den gesamten Bildungsbereich zuständig. Es übernimmt die von der Regierung übertragenen Aufgaben. Zur Bewältigung dieser Aufgaben ist es in verschiedene Ämter und Dienste gegliedert.



Die direkte Aufsicht über die Volksschule liegt beim **Bezirksschulrat**. Dieser wird durch den Erziehungsrat gewählt. Die Aufgaben des Bezirksschulrates sind die Beaufsichtigung der Schulen und der Lehrkräfte. Ebenfalls ist er Rekursinstanz für viele Entscheidungen des Schulrates. Er entscheidet unter anderem auch über Beschwerden gegen Lehrkräfte oder über die vorzeitige Schulentlassung von Schüler/innen.

Die Schulgemeinde ist Trägerin des Kindergartens und der öffentlichen Volksschule. Sie kann in eine Primar- und Oberstufenschulgemeinde aufgeteilt sein. Die Leitung der Schulgemeinde obliegt dem **Schulrat**. Dieser wird vom Volk oder in grösseren Gemeinden vom Gemeindeparlament gewählt. Die Aufgaben des Schulrates sind:

- Arbeitgeber für Lehrpersonen (Anstellung, Entlohnung, etc.)
- zur Verfügung stellen der für den Unterricht notwendigen Räumlichkeiten und Hilfsmittel
- entscheidet über Einschulung, Promotionen und fördernde Massnahmen
- Transport von Schüler/innen mit einem langen Schulweg
- Ansprechpartner der Eltern für schulische und rechtliche Fragen

Der Schulrat kann, je nach Grösse der Schule, auf die Mithilfe des/der Schulleiters/in und/oder Schulsekretärs/in zählen.

4. Verschiedenes

4.1 Wichtige Entwicklungsschritte^{15,16,17}

4.1.1 Vorschule bis Sekundarstufe I

Folgende Entwicklungen sind in Vorbereitung oder im Gange:

- Einführung der übergreifenden Sekundar- und Realschule
- Einführung des obligatorischen Englischunterrichts in der Oberstufe ab 2000/01
- Integration oder Separation: ab 1996 steht es den Schulgemeinden offen, ob sie die Schülerförderung in Kleinklassen (Separation) oder innerhalb der "normalen" Volksschulklassen (Integration) realisieren. Bei der integrativen Schulung werden die SchülerInnen mit Lernschwierigkeiten zusätzlich durch einen Heilpädagogen / eine Heilpädagogin unterstützt (pro 170 SchülerInnen 1 volles heilpädagogisches Pensum)
- Konzept Schulqualität wurde am 10.03.99 genehmigt. Es bearbeitet und koordiniert folgende drei Bereiche:
 - Qualitätsentwicklung in Schulen
 - Lohnwirksame Beurteilung von Lehrpersonen: Seit dem Schuljahr 1999/2000 werden alle Lehrpersonen im 4., 12. und 22. Dienstjahr lohnwirksam qualifiziert. Das vom Erziehungsrat verabschiedete vorläufige Qualifikationsverfahren wird während drei Jahren erprobt. Momentan findet eine Umfrage bei Lehrpersonen, Schulrats- und Bezirksschulratsmitgliedern statt, um die ersten Erfahrungen zu erheben.
 - Gesamtevaluation des "Erziehungsplan/Lehrplan 1997"

In interkantonaler Kooperation sind folgende Projekte in Bearbeitung:

- Förderung besonders schulleistungsbegabter SchülerInnen
- Umsetzung des schweizerischen Gesamtsprachenkonzeptes (u.a. Einführung von Englisch an der Primarschule)
- Einbettung der Informatikanwendung in der Primarschulstufe

- Einführung der Basisstufe (Kindergarten + 1. Klasse): Initiierung und Begleitung von Entwicklungsprojekten in ausgewählten Schulgemeinden
- neue Tagesstrukturen, erweiterte Betreuungsangebote
- Fortsetzung der Arbeiten bezüglich zertifiziertem Volksschulabschlusses
- "Geleitete Schule" soll SchulleiterInnen und dem Lehrkörper mehr Selbstverantwortung und Kompetenzen zuordnen
- Schritte Richtung Qualitätsentwicklung und -sicherung

4.1.2 Sekundarstufe II

- **Berufsausbildung**

Folgende Entwicklungen sind in Vorbereitung oder im Gange:

- Kantonalisierung und Zusammenlegungen von Berufsschulen ab 1.1.2002 (10 statt 14 Berufsschulen)
- Kantonalisierung der Berufsberatungen ab 1.1.2002
- Zusammenarbeit der Berufsschulen und der Mittelschulen, jüngstes Beispiel ist die Zusammenarbeit bei der Einführung des Schwerpunktes "Informatik" an der Wirtschaftsmittelschule
- Neues Berufsbildungsgesetz ab 1.1.2003 mit Uebergangsfristen von bis zu 5 Jahren mit folgenden wesentlichen Auswirkungen:
 - Integration der GSK-Berufe (Gesundheit/Soziales/Kunst) und Landwirtschaft
 - Neues Subventionierungssystem (Pauschalsubventionierung): Verantwortung für den Mitteleinsatz (Priorisierung) geht an den Kanton über
 - Flexiblere Gestaltung der Ausbildungsangebote
 - Berufsfachschulen und Berufspraktische Bildung müssen noch definiert werden
 - Aufwertung der Weiterbildung
- Brückenangebote sollen in 2-3 Jahren in die Berufsbildung integriert werden (Integrationskurse, Vorlehre, Berufsvorbereitungsjahr etc.), derzeit in konzeptioneller Bearbeitung im Rahmen eines Postulatberichts

- **Mittelschulen**

Folgende Entwicklungen sind in Vorbereitung oder im Gange:

- Die Lehrgänge an den Lehrerseminaren, am KindergärtnerInnenseminar und dem Arbeits- und HauswirtschaftslehrerInnenseminar laufen aus
- Der Lehrgang an der Verkehrsschule St. Gallen wurde auf Beginn des Schuljahres 2000/01 aufgehoben
- Die 3-jährige Diplommittelschule wurde eingeführt und läuft seit 2000/01
- Die Wirtschaftsmittelschule Schwerpunkt Informatik (WMI) startet ihren ersten Lehrgang im Schuljahr 2001/02
- Bau der Kantonsschule Wil, Inbetriebnahme auf das Schuljahr 2004/05, voraussichtlicher Schülerbestand ca. 600, Zusammenarbeit mit dem Kanton Thurgau, Investitionskosten: 50.6 Mio. Fr., Kredit des Kt. St. Gallen von 37.3 Mio. Fr. wurde am 24.9.00 vom Souverän bewilligt.
- Sanierung, Umbau der Kantonsschule am Burggraben St. Gallen mit einem Bibliothek-Neubau, der Souverän bewilligte am 24.9.00 einen Kredit von 35.3 Mio. Fr.

4.1.3 Tertiärstufe

Folgende Entwicklungen sind in Vorbereitung oder im Gange:

- **Universität St. Gallen (HSG):**
 - Studienreform ab Herbst 2001: führt eine neue Studienstruktur ein:
 1. Kernfachstudium das sich aus Kontaktstudium (50%) und Selbststudium (25%) zusammensetzt sowie Kontextstudium (25%)
 2. Anpassung der Studienstruktur an das angelsächsische Modell gemäss Bologna-Erklärung: Assessment-Stufe (1 Jahr), Bachelor-Stufe (2 Jahre), Master-Stufe (1-2 Jahre)
 - Ausbau der HSG: die HSG wurde für 2'300 Studierende geplant, heute studieren 4'700 Personen, für das Wintersemester 2002/03 werden über 6'000 Studierende erwartet
- **Pädagogische Hochschule (PHS):** ab 2003 soll die Real- und SekundarlehrerInnen-ausbildung einheitlich 8 Semester dauern. Zukünftige Zusammenarbeit der beiden Lehrerbildungsstätten (PHS/PFR) namentlich im Bereich Forschung, Entwicklung und Dienstleistung muss noch geregelt werden. Eine Möglichkeit besteht in der Verschmelzung beider Institutionen.
- **Pädagogischen Fachhochschule Rorschach (PFR):** die Ausbildung wird ab 2003 auf der Tertiärstufe von der Pädagogischen Fachhochschule Rorschach übernommen. Gemäss dem 1999 erlassenen Gesetz über die Pädagogische Fachhochschule werden folgende zwei Lehrgänge angeboten (beide Lehrgänge dauern drei Jahre):
 - Lehrdiplom für Kindergarten und 1.-3. Klasse der Primarschule
 - Lehrdiplom für 1.-6. Klasse der PrimarschuleHeute lassen sich ca. 1'400 Seminaristen/innen zu LehrerInnen, KindergärtnerInnen und HauswirtschaftslehrerInnen ausbilden (siehe unter Sekundarstufe II "Mittelschulen"). Ab 2003 sollen in der PFR 800 – 900 Studenten/innen ausgebildet werden.

Mit der PFR werden folgende Ziele angestrebt:

- Tertiärisierung der LehrerInnenausbildung
- interkantonale Anerkennung der LehrerInnendiplome
- qualitative Verbesserung der LehrerInnenausbildung

Zum Leistungsauftrag gehören neben der Grundausbildung die Berufseinführung, Forschung und Entwicklung, der Aufbau didaktischer Zentren in der Region, Weiterbildungsangebote¹³

- **Hochschule für Technik Rapperswil (HSR):**
 - Der Kanton Zürich hat sein Mitspracherecht am 28.5.01 aufgegeben. Bei der Gründung der sieben Fachhochschul-Regionen war die Schule der Region Ostschweiz (FHO) zugeteilt worden. Zürich behielt aber ein Mitspracherecht, weil 300 der 700 Studierenden aus dem Kanton Zürich sind. Nun ist die HSR vollständig in die FHO integriert.
 - Modularisierung der Lehrgänge ab 2002/03

4.1.4 Quartärer Bereich

"Fit im Job"

Das Amt für Berufsbildung des Kantons St. Gallen bietet kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) während den nächsten zwei Jahren eine neue Hilfestellung an: KMU's können sich bezgl. Weiterbildungsfragen beraten, ihren Bildungsbedarf erheben und Bildungsveranstaltungen organisieren und durchführen lassen. Die am Pilotprojekt beteiligten profitieren auch von einer kantonalen Anschubfinanzierung.

4.2 Angebote für Randgruppen³

Für Schüler/innen mit Störungen im Lern- und Leistungsbereich, im sozialen, emotionalen, aber auch im körperlichen Bereich bestehen verschiedene Möglichkeiten und Massnahmen (Angebote und Dienstleistungen) zur Förderung und Unterstützung.

In Zusammenarbeit von Eltern und Lehrperson, sowie durch Abklärungen beim Schulpsychologischen Dienst, beim Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst oder bei der Schulärztin / beim Schularzt werden mögliche fördernde Massnahmen erörtert.

Für Kinder mit Lernschwierigkeiten gibt es im Kanton St.Gallen das Angebot der Kleinklassen. Bei Schulschwierigkeiten oder Entwicklungsverzögerungen im Lern- und Leistungsbereich werden die Kinder in Kleinklassen von einer Lehrperson mit heilpädagogischer Zusatzausbildung unterrichtet. Da diese Klassen weniger Kinder aufweisen, können diese zielgerichteter und individueller gefördert werden.

Man unterscheidet folgende Typen von Kleinklassen:

- **Einführungsklasse** für Kinder, die zum Zeitpunkt der Einschulung Entwicklungsverzögerungen im Lern- und Sozialbereich aufweisen. Der Stoff der ersten Klasse wird auf zwei Jahre verteilt. Normalerweise treten die Kinder nach diesen zwei Jahren in die 2. Regelklasse ein.
- **Kleinklasse B** für Kinder mit allgemeinen Leistungsschwächen und Schwierigkeiten im Lern- und Leistungsbereich. Die Lernziele sind auf die Möglichkeiten der Schüler/innen abgestimmt. Es werden aber die Stoffziele der Regelklassen angestrebt. Das letzte Schuljahr der Oberstufe (9. Klasse) wird als Werkjahr geführt.
- **Kleinklasse D** für SchülerInnen mit Teilleistungsschwächen und Schwierigkeiten im Lern- und Leistungs- und Sozialbereich. Es gelten dieselben Lektionstafeln und Lernziele wie in den Regelklassen. Das letzte Schuljahr der Oberstufe (9. Klasse) wird als Werkjahr geführt.

Bei allen drei Kleinklassentypen wird die Möglichkeit einer Wiedereingliederung in die Regelklasse angestrebt. Dies wird von Zeit zu Zeit überprüft. Ebenfalls führen die Lehrpersonen der Klein- und Regelklassen gemeinsame Projekte durch. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass SchülerInnen der Kleinklassen B nur in ganz seltenen Fällen den Übertritt in die Regelklasse schaffen.

Die Regelung der Zuweisung in eine Kleinklasse ist in der Übertrittsregelung Vorschule - Primarschule beschrieben.

Von der Schule werden noch weitere fördernde Massnahmen angeboten. Dieser spezielle Unterricht findet regelmässig, meist ein- bis zweimal wöchentlich, in der unterrichtsfreien Zeit oder während des Unterrichts statt.

Die häufigsten Formen von speziellem Unterricht sind:

- **Legasthenietherapie** zur Unterstützung bei Lern- und Entwicklungsstörungen im schriftsprachlichen Bereich
- **Diskalkulietherapie** zur Unterstützung bei Lern- und Entwicklungsstörungen im mathematischen Bereich
- **Logopädie** (Sprachunterricht)
- **Psychomotorik/Rhythmik** zur Förderung bei Problemen oder Entwicklungsverzögerungen im motorischen Bereich
- **Nachhilfe**
- **Deutsch für Fremdsprachige**

Zu all diesen Massnahmen wird für jedes Kind ein persönlicher Förderplan erarbeitet. Durch regelmässiges Überprüfen der Fortschritte muss die Wirkung und die Zielsetzung erfasst und angepasst werden.

Zum Besuch eines Unterstützungsangebotes muss ein positiver Entscheid des Schulrates vorliegen. Den Antrag stellen können die Eltern, die Lehrperson, der Schulpsychologische Dienst oder die Schulärztin / der Schularzt. Die Eltern haben das Recht, sich dazu zu äussern. Sind sie mit dem Entscheid nicht einverstanden, können sie rekurrieren:

- beim Bezirksschulrat, wenn spezieller Unterricht angeordnet oder der Antrag abgewiesen wird
- beim Erziehungsrat bei Einweisung in eine Kleinklasse

Diese fördernden Massnahmen sind für die SchülerInnen respektive ihre Eltern kostenlos. Ebenso berät der Schulpsychologische Dienst die Eltern wie auch die Lehrpersonen kostenlos.

Bei Problemen im Zusammenhang mit der Berufswahl bieten die Berufsberatungszentren Hilfe an. Auch dieses Angebot ist für die Ratsuchenden kostenlos.

Weiter besteht noch die Möglichkeit vom Besuch der Sonderschulen.

Schüler/innen mit schweren Behinderungen werden in der Regel in einer von der Invalidenversicherung anerkannten privaten Sonderschule unterrichtet. Während der Volksschulzeit (Primarstufe und Sekundarstufe I) besteht für die Schulung von Kinder mit Seh- oder Hörbehinderungen ein ambulanter, behinderungsspezifischer Beratungs- und Unterstützungsdienst.

Im Kanton St.Gallen gibt es folgende Sonderschulen:

- Sonderschule für Kinder mit einer geistigen Behinderung (heilpädagogische Schule)
- Sonderschule für Kinder mit Wahrnehmungsstörungen
- Sprachheilschule für Kinder mit Sprach- und Hörbehinderungen
- Sonderschule für Kinder mit Körperbehinderungen / Mehrfachbehinderungen
- Sonderschule für Kinder mit sozialen Behinderungen / Verhaltensschwierigkeiten
- Sonderschule für Kinder mit Sehbehinderung (nur ausserkantonale Institutionen)

Das neuste "Angebot" ist die Verwahrung für Schüler, die aus disziplinarischen Gründen aus der Volksschule ausgeschlossen werden. Gemäss momentan vorliegendem Konzept werden im Jugendheim Platanenhof in Oberuzwil maximal 25 Plätze als Strafinternat für entsprechende Jugendliche geschaffen.

4.3 Förderungsmassnahmen

4.3.1 *Stipendien*

Im Kanton St. Gallen gibt es im Erziehungsdepartement das Amt für Stipendien.

Zur Förderung der Aus- und Weiterbildung kann der Kanton staatliche Geldleistungen (Stipendien) die nicht zurück bezahlt werden müssen oder Studiendarlehen (zinsfrei während der Ausbildung) gewähren. Grundlagen zur finanziellen Unterstützung sind das Gesetz über die staatlichen Stipendien und Studiendarlehen (sGS 211.5; abgekürzt StipG), die Vollzugsverordnung zum StipG und der Regierungsratsbeschluss über die Bemessung von Stipendien.

Die Stipendienberechnung erfolgt aufgrund der anrechenbaren Ausbildungskosten abzüglich der Elternleistungen und abzüglich der Eigenleistungen.

Stipendien werden gewährt für Berufslehren und Mittelschulen sowie für den Lehrberuf. Stipendien und Studiendarlehen werden für Berufs- und Fachschulen, Hochschulen bez. Universitäten gewährt. Beiträge erhalten auch Berufsleute, die sich auf eine Maturitätsprüfung oder auf den Lehrberuf vorbereiten. Die Aus- oder Weiterbildung muss fachlich anerkannt und Lehrverträge müssen vom Amt für Berufsbildung genehmigt sein.

Für berufsbegleitende Ausbildungen werden in der Regel keine Stipendien gewährt. Ebenso sind Fernkurse nicht stipendienberechtigt.

4.3.2 Andere Finanzierungshilfen

Je nach Aus- oder Weiterbildung stehen weitere private Institutionen, aber auch Orts- oder politische Gemeinden und kirchliche Stipendienfonds zur Verfügung. Jede dieser Institutionen hat ihr eigenes Reglement zur Vergabe ihrer Stipendien oder Darlehen.

4.3.3 Lehrstellenmarketing

Der Kanton St.Gallen bietet im Internet die Lehrstellenbörse **LENA** an. LENA ist ein Informationsangebot über verschiedene Berufe und dem Lehrstellennachweis im Kanton. Durch den Zusammenschluss verschiedener Kantone können im Internet auch die Lehrstellen dieser Kantone eingesehen werden.

In den Berufsberatungszentren stehen den Jugendlichen Computer mit Zugriff auf LENA sowie die fachliche Beratung kostenlos zur Verfügung.

Quellenverzeichnis

- 1 "Der Kanton St. Gallen und seine Menschen in Zahlen", Fachstelle für Statistik, 2000, S. 4
- 2 Amt für Berufsbildung, Kt. St. Gallen, 2001 (Sekundarstufe II haben wir entsprechend der neuen Lehrerausbildung angepasst)
- 3 Grundlage: "Die Volksschule des Kantons St. Gallen", Erziehungsdep. des Kt. St. Gallen, Amt für Volksschule, 1999
- 4 Informationen vom Amt für Volksschule, Herr Urs Fend, Erziehungsdep. des Kt. St. Gallen, 2001
- 5 Auswahl aus: "Zwischenlösungen", Berufs- und Laufbahnberatung des Bezirks Sargans, 29.04.1999
- 6 Informationen vom Amt für Berufsbildung, Herr Urs Blaser, Erziehungsdep. des Kt. St. Gallen, 2001
- 7 Auszüge aus: "Die Anlehre", Amt für Berufsbildung, Erziehungsdep. des Kt. St. Gallen, 03.2000
- 8 Informationen vom Amt für Mittelschulen/Lehrerbildung, Herr Thomas Gschwend, Erziehungsdep. des Kt. St. Gallen, 2001
- 9 "Mittelschulen Aufnahmeprüfungen 2001", Erziehungsdep. des Kt. St. Gallen, 10.2000
- 10 "Mittelschulen: Abschluss der Dezentralisation; Neubau der Kantonsschule Wil und bauliche Massnahmen an der Kantonsschule am Burggrabe St. Gallen", Grosser Rat des Kt. St. Gallen, 10.1999
- 11 Informationen vom Dienst für Hochschulen, Herr Rolf Bereuter, Erziehungsdep. des Kt. St. Gallen, 2001
- 12 www.unisg.ch, Informationen über die Universität St. Gallen
- 13 "Diplome der Pädagogischen Fachhochschule Rorschach", schriftliche Antwort der Regierung vom 18.4.01 auf Interpellation Hanselmann-Sargans vom 9.5.00
- 14 www.gallex.ch, Sammlung der kant. Gesetze, Grossratsbeschlüsse und entsprechenden Verordnungen
- 15 Grundlage: "Schule im Umbruch", Erziehungsdep. des Kt. St. Gallen, 2001, Buch mit 180 Seiten
- 16 Grundlage: "Bildungskongress 2000, Schlussdokumentation", Erziehungsdep. des Kt. St. Gallen, 12.2000
- 17 Informationen von: Schulentwicklung, Herr H.U. Bosshard, Erziehungsdep. des Kt. St. Gallen, 2001